

Good News

So klappt es mit den Bürgerinnen und Bürgern





© CC4.0/GerritR

> Stadt Geisa in der Rhön

Der jüngste „Monitor öffentlicher Dienst“ im Auftrag des dbb fiel verheerend aus: Weniger als ein Drittel der Bevölkerung vertraut noch in die Leistungsfähigkeit des Staates. Was ist da noch zu retten in Zeiten knapper Kassen – und vor allem wie?

Anders als in den Befragungen der Vorjahre hat der Vertrauensverlust mittlerweile jede staatliche Ebene bis hin zu den Kommunen erreicht. Es sieht so aus, als erodiere hier regelrecht ein Gut, das für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens unabdingbar ist.

Unauffhaltsam, solange die großen Fragen nach Ertüchtigung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung nicht geklärt und bereinigt sind. Oder doch nicht?

■ Zeigen, was geht

Dass Entscheidungen auch kurzfristig noch korrigiert werden können, zeigt das Verkehrsministerium in Potsdam. Nach massiven Bürger- und Landratsprotesten stoppte es im September die eigentlich zum Jahresende geplante Stilllegung zweier Regionalbahnstrecken, garantiert deren Weiterbetrieb – unterlegt mit Landesmitteln – für drei Jahre und sondiert mit Mecklenburg-

Vorpommern einen Ausbau der Streckenführung bis nach Güstrow und Rostock. So, die Hoffnung, würden die Strecken auch für Touristen interessanter, wovon auch die Gemeinden an der Strecke profitieren werden.

Über Hitzeaktionspläne ist viel geredet worden in diesem Sommer. Das Land Brandenburg macht nun ernst: Als erstes Bundesland nimmt es die Aufgabe an, auf Landesebene einen Hitzeaktionsplan zu entwickeln, damit die Kommunen mit dieser Herkulesaufgabe nicht alleingelassen werden. Ein entsprechendes Gutachten, das als Ausgangspunkt einer landesweiten Strategie dienen soll, wurde im September vorgelegt. Die Kernpunkte: Hitzeaktionspläne müssen als Querschnittsaufgabe über die verschiedensten Ressorts – von Gesundheitsfürsorge bis Stadt-sanierung – verstanden, die notwendigen Schritte breit verankert werden. Der Aufbau

eines „Netzwerks Klimaaktionsplan“ soll mit dazu verhelfen. Nota bene: Ein Gutachten ist noch kein Maßnahmenplan, ein Vorhaben noch keine funktionierende Struktur. Dennoch: Brandenburg hat die Brisanz des Themas erkannt und zeigt den politischen Willen, in dieser Frage voranzugehen.

■ Vorreiter

Will Brandenburg noch Vorreiter sein, so ist dies dem thüringischen Geisa bereits gelungen. Die Kleinstadt im Biosphärenreservat Rhön hat kürzlich den neu ausgelobten „KfW Award Leben 2022“ in der Kategorie „Energetische Sanierung“ gewonnen. Solar-dächer, Fassadendämmung, Nutzung von Windkraft oder Geothermie: All diese Optionen standen nicht zur Verfügung, als die Kommune sich daranmachte, ihre Bauten im historischen Stadtkern energetisch zu ertüchtigen. Denkmalschutz, Erfordernisse des Bio-

sphärenreservats und Beschränkungen durch das nahe gelegene Kali-Abbaugelände standen dem entgegen. Die Stadt fand trotzdem einen Weg: durch die Anbindung an ein mit Hackschnitzeln gespeistes Nahwärmenetz. Im zur Gemeinde gehörenden Wald waren durch die Borkenkäferplage der vergangenen Jahre enorme Holzvorräte angefallen. Das Nahwärmenetz wurde und wird ausgebaut, um der großen Nachfrage auch privater Nutzer nachkommen zu können – allerdings auf Erdgas umgestellt, da der Bedarf mit Holz allein nicht zu decken ist. Die Stadt entschied sich für ein autonomes Netz, das mit LNG-Gas und langfristig auch mit Wasserstoff gespeist werden kann. Von russischem Gas wäre Geisa damit als erste Stadt unabhängig.

Zur energetischen Sanierung gehören zudem die Umstellung auf LED-Beleuchtung im öffentlichen Raum, die Installation von Solaranlagen auf kommunalen Liegenschaften, im Gewerbegebiet und auf Sportstätten, Radwege wurden ausgebaut, Rufbusse in den ÖPNV integriert. Dienstreisen der Mitarbeitenden sollen weitest-



© CC0/Kai Vogel

Potsdam-Babelsberg

gehend vermieden werden, ein Energiemanager optimiert regelmäßig den Verbrauch der kommunalen Liegenschaften, den Bürgerinnen und Bürgern stehen Energieberater zur Verfügung.

Und die Stadt hält sich auf dem Laufenden, engagiert sich in der Vernetzung mit Wirtschaft und Wissenschaft. „Wir müssen“, so Bürgermeisterin Manuela Henkel, „als Kommunen neue Netzwerke bilden und Innovationen befördern helfen“. Die 50 000 Euro des „KfW Award Leben 2022“ dürften dabei helfen. In acht bis zehn Jahren, hofft die Bürgermeisterin, könne das Geisaer Land womöglich energieautark und klimaneutral sein.

» Beteiligung, die zündet

Dem Erfurter Stadtjugendring ist etwas ganz Neues gelungen. Er hat im Stadtrat eine Beteiligungsstruktur durchgesetzt, die Kindern und Jugendlichen bis 27 Jahren dauerhaft Gehör verschafft und sie bei eigenen Projekten unterstützt. Vier Jahre hat es gedauert, bis in Politik, Verwaltung und Jugendvertretungen die Weichen entsprechend gestellt waren. Dann fiel der Beschluss im Stadtrat sogar einstimmig.

„BÄMM!“ bringt das Schüler*innenparlament, Jugendverbände, bestehende Netzwerke, freie Träger der Jugendarbeit, Initiativen und Vereine mit Stadtverwaltung

und Politik zusammen. Es veranstaltet Jugendkonferenzen zu aktuellen, ortsbezogenen Themen, hilft bei der Planung und Realisierung von Mikroprojekten, bietet in einem Jugendbüro Räumlichkeiten, organisiert Befragungen und Partizipationsangebote mit Online-Tools und ganz handfest dort, wo Kinder und Jugendliche sich treffen. So bekommen Schüchterne digital ebenso eine Stimme wie Kinder, die sich beispielsweise vor dem Bau eines Spielplatzes die Flächen anschauen und ihre Ideen aufmalen, die in kleine Modelle umgesetzt werden, mit denen die Erwachsenen arbeiten können. 27 Veranstaltungen hat „BÄMM!“ bislang auf die Beine gestellt, 29 Projekte sind abgeschlossen, zwölf laufen gerade, zwölf weitere sind in der Planung. Denn bislang haperte es häufig an der Form der Ansprache – und der Konstanz der Beteiligungsmöglichkeiten –, nicht am Gestaltungswillen der Jugendlichen.

» Mitmachkommunen

Gestalten können Jugendliche – und nicht nur sie – auch im baden-württembergischen Herrenberg. Sie müssen es aber auch. „Wir tun etwas gegen die weitverbreitete Vollkasko- und Versorgungsmentalität“, sagt Bürgermeister Thomas Sprißler. „Wenn wir den Satz hören: Macht ihr mal. Dann kontern wir gerne: Mach du mal.“ Das funktioniert. Und schafft Bindung.

Der 30 000-Einwohner-Ort hat einen Topf mit 200 000 Euro für bürgerschaftliche Projekte eingerichtet. Wer ein Projekt mit gemeinschaftlichem Bezug einreicht, bekommt die Hälfte der kalkulierten Mittel aus dem Topf, die andere Hälfte muss durch eigene Mitarbeit erbracht werden. Folgekosten dürfen nicht entstehen. Rund 200 bürgerschaftliche Projekte wurden so seit 2011 realisiert und instandgehalten – auch die Downhillstrecke, die sich die Jugendlichen in der Kleinstadt lange gewünscht hatten.

Vanessa Watkins, die das Programm „Mitmachkommune“ als Leiterin des Teams für Bürgerbeteiligung und Engagement in Gang gebracht hat, arbeitet mittlerweile, nun als Referentin der Stadt, von Taiwan aus. Auch das geht in Herrenberg. „Die Stadt“, so Watkins, „investiert neben der finanziellen Unterstützung ja auch jede Menge Manpower, und das muss einer Kommune diese Art von Bürgerbeteiligung auch wert sein.“

Andere Kommunen, darunter Ludwigsfelde, haben sich zum LOSLAND-Prozess zusammengeschlossen. Zufällig ausgeloste Bürgerinnen und Bürger werden zu ihren Ideen für eine lebenswerte und nachhaltige Zukunft ihrer Stadt befragt, die Ergebnisse anschließend in der breiteren Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Auch hier flankieren digitale Angebote zu Online-Befragungen und kom-

munenübergreifender Vernetzung den Prozess.

Personal- und Nachwuchsman- gel, verkrustete Strukturen, langwierige Entscheidungsprozesse, schleppende Digitalisierung, unattraktive Arbeitsmodelle, drastische Unterfinanzierung – die Probleme des öffentlichen Dienstes, die zu Vertrauensverlusten führen, werden allein dadurch nicht gelöst. Aber Kommunen sind kreativ. Sie finden Wege der Vertrauensbildung zwischen Bürgerschaft und Staat, die sich für ihren Zusammenhalt auszahlen. Das macht Mut.

Andrea Böltken

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende des dbb landesbundes mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Uwe Sommermann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titel: Model Foto: Aleksandr/Colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,

Friedrichstraße 165, 10117 Berlin

Telefon: 030.7261917-0

Telefax: 030.7261917-40

Internet: www.dbbverlag.de

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,

Mediacenter, Dechenstraße 15 a,

40878 Ratingen

Telefon: 02102.74023-0

Telefax: 02102.74023-99

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715

Anzeigenverkauf:

Andrea Franzen,

Telefon: 02102.74023-714

Anzeigenposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 25, gültig ab 1.1.2022

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

8. Landesgewerkschaftstag des dbb mecklenburg-vorpommern

Dietmar Knecht im Amt bestätigt

Mit überwältigender Mehrheit haben die circa 130 Delegierten des Gewerkschaftstages, der am 27. und 28. September im Van der Valk Resort in Linstow stattfand, dem bisherigen Landesvorsitzenden Dietmar Knecht erneut das Vertrauen ausgesprochen und ihn für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden Michael Blanck, Frank Höhne und Thomas Krupp wiedergewählt, neue stellvertretende Landesvorsitzende sind Karoline Herrmann und Susann Meyer.

Ebenso deutliche Zustimmung fand der Leitantrag, der – ausgehend von der Prämisse, dass ein starker öffentlicher Dienst das Rückgrat unseres Staates ist – den Kurs des dbb m-v für die kommende Legislatur bestimmt. Darin geht es unter anderem um die aktuellen politischen Herausforderungen für Deutschland, die geprägt sind durch einschneidende Krisenentwicklungen sowie durch die Auswirkungen der Coronapandemie, mit denen eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung einhergeht. Dies erfordert, so heißt es in dem Leitantrag, dass staatliches Handeln stärker auf Krisenresilienz ausgerichtet werde. Angesichts der Tatsache, dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vor den größten Herausforderungen seit

Jahrzehnten stehen und gesellschaftliche Spaltung sowie die Zunahme populistischer Strömungen zunehmend zu einer Belastungsprobe für den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land werden, seien politische und gesellschaftliche Stabilität keine Selbstverständlichkeit mehr, vielmehr müsse in unserem freien demokratischen Rechtsstaat die politische Richtung stets neu justiert werden.

Verdeutlicht wurden auch die Positionen des dbb zu weiteren gesellschaftlich und gewerkschaftlich relevanten Themen wie zu Personalpolitik und Personalausstattung, das Bekenntnis zum Berufsbeamtentum als tragende Säule für unsere Demokratie, Einkommensentwicklung und Tarif-



> Stehende Ovationen für den neuen alten Landesvorsitzenden

politik, Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit, Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten sowie Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung.

Dazu wurden aus den Mitgliedsgewerkschaften zahlreiche Anträge beraten und beschlossen, die der neuen

Landesleitung Handlungsrichtlinien und Aufträge für die kommenden fünf Jahre auf den Weg geben.

Da das Jubiläum im vergangenen Jahr pandemiebedingt nicht adäquat begangen werden konnte, fand im Rahmen des Gewerkschaftstages ein Festabend anlässlich der Grün-



> Die neu gewählte Landesleitung (von links): Frank Höhne (DSTG), Thomas Krupp (komba), Susann Meyer (VBE), Karoline Herrmann (komba), Michael Blanck (VBE) und Dietmar Knecht (GDL)



> dbb Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach war der erste Gratulant.



> Die Beratung und Beschlussfassung über die zahlreichen Anträge, die den Delegierten als Beitrag zur Digitalisierung auch per USB-Stick zur Verfügung gestellt wurden, verliefen in einer konstruktiven Atmosphäre.

derung des dbb Landesbundes Mecklenburg-Vorpommern am 16. März 1991 statt. Die aus der Landesleitung nach 31 beziehungsweise 27 Jahren ausgeschiedenen stellvertretenden Landesvorsitzenden Brigitte Schroeder und Gerd Dümmel wurden zu Ehrenmitgliedern des dbb m-v ernannt.

Als langjährige, verdienstvolle und engagierte Mitglieder wurden Brigitte Engel (vpba), Ellen Lemke (GdS), Diether Schmidt (komba) und Viktor Urban (GDL) mit der Ehrenmedaille des dbb m-v geehrt.

Für hervorragende musikalische Unterhaltung sorgte An-

dreas Pasternack mit seiner Band, und eine von den Wirtschaftspartnern des dbb m-v

mit tollen Preisen gesponsorte Tombola rundete den Abend ab.



> Die weiblichen Delegierten des Landesgewerkschaftstages mit der Vorsitzenden der dbb landesfrauenvertretung Brigitte Schroeder (vordere Reihe, 2. von rechts) und dem dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht

dbb m-v begrüßt Kabinettsbeschluss

Energiepreispauschale auch für pensionierte Beamte

Das Kabinett hat auf seiner Sitzung am 20. September beschlossen, die Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, die als Teil des dritten Entlastungspakets der Bundesregierung an Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt wird, auch den pensionierten ehemaligen Beamten des Landes zu gewähren.

„Der dbb m-v begrüßt das ausdrücklich, wird damit doch unserer Forderung Rechnung getragen, die Einmalzahlung in das aktuell laufende Gesetzgebungsverfahren zur Besoldungsanpassung zum 1. Dezember einzubetten“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar

Knecht. Von der einmaligen Zahlung profitieren in Mecklenburg-Vorpommern etwa 7 000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger des Landes.

Entsprechend dem gestern beschlossenen Gesetzentwurf,

der nun in den Landtag eingebracht wird, soll der Tarifabschluss für die Beschäftigten des Landes aus November des letzten Jahres zeit- und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger

übertragen und die Besoldungs- und Versorgungsbezüge dementsprechend zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent erhöht werden.

Von der linearen Erhöhung der Besoldung ist erstmalig auch eine Dynamisierung der Stelvenzulagen zum Beispiel für die Polizei, Feuerwehr und den Justizvollzug erfasst. Außerdem werden die Anwärterbezüge entsprechend des Tarifabschlusses zum 1. Dezember 2022 um 50 Euro erhöht.

Gespräche mit der Justizministerin

DJG im Dialog

Die Deutsche Justiz-Gewerkschaft Mecklenburg-Vorpommern (DJG M-V) veranstaltete am 31. August 2022 in Rostock einen Gewerkschaftstag. Während am Vormittag der Vorstand mit interessierten Mitgliedern der Gewerkschaft zu einer Sitzung zusammenkam, fand am Nachmittag ein erstes gemeinsames Gespräch mit der neuen Justizministerin Jaqueline Bernhardt (Die Linke) statt.

Auch dbb Landeschef Dietmar Knecht war der Einladung des DJG-Landesvorsitzenden Bernd Kammermeier gern gefolgt. Thematisch ging es in dem Gespräch mit der Ministerin über die Eingruppierung der Geschäftsstellenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in den Gerichten und Staatsanwaltschaften beziehungsweise deren Möglichkeiten zur Verbeamtung sowie die nach wie vor kaum vorhandenen Entwicklungsmöglichkeiten der Justiz(fach)angestellten. Weiterhin wurde auch die entsprechend „niedrig“ ausgefallene Dienstpostenbewertung unter der Vorgängerregierung im ehemals einfachen, mittleren und gehobenen Dienst kritisch in die Diskussion eingeführt.

Justizministerin Bernhardt machte an verschiedenen Stellen deutlich, dass es ihr sehr auf eine gerechte und auskömmliche Bezahlung der Beschäftigten in der Justiz ankomme. Die Hausspitze sei diesbezüglich auch mit dem Finanzministerium im Austausch. Nach wie vor hänge der weitere Verlauf der Eingruppierung der Geschäftsstellenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in den Gerichten und Staatsanwaltschaften auch maßgeblich von dem Ausgang der Verfassungsbeschwerde der Länder ab.

Die Umsetzung der Dienstvereinbarung zur ortsunabhängigen Arbeit in den Gerichten



> Bernd Kammermeier, Christin Baade, Katja Rosenau, Monique Westphal, Justizministerin Jacqueline Bernhardt und Dietmar Knecht (von links)

und Staatsanwaltschaften (60/40 – beim Vorliegen der technischen Voraussetzungen) werde von den Kolleginnen und Kollegen sehr positiv wahrgenommen, betonte Bernd Kammermeier. Die Landesregierung habe es mit diesem mutigen Schritt geschafft, die Arbeitszufriedenheit deutlich zu steigern. Als problematisch werde nach wie vor die technische Ausstattung angesehen. Dies gelte sowohl für die Soft- als auch für die Hardware (zum Beispiel „langsame“

Programme, fehlende Scanner und Laptops). In gemeinsamen Entwicklungsverbänden mit anderen Bundesländern sollen aber nach Aussage der Ministerin Synergieeffekte geschaffen werden, die einer fortschrittlichen Entwicklung dienlich sein dürften.

Ein weiterer Themenblock war die Höhe der Reisekostenvergütung bei Dienstreisen mit dem eigenen, aber im dienstlichen Interesse oder auch für die Reisetätigkeiten im Rah-

men der Personalratsarbeit betriebenen Privat-Pkw. Die Widrigkeiten bei der Anerkennung des privat anerkannten Pkw wurden ebenso thematisiert wie der Umgang des Dienstherrn bei Unfällen oder Problemen mit reparaturbedingten Ausfällen des privaten, aber im dienstlichen Interesse genutzten Pkw.

Im gleichen Atemzug wurden die sich in Planung befindlichen Energiesparpläne der Landesregierung angesprochen. Die Ministerin konnte hierzu noch keine konkreten Äußerungen tätigen. Sie machte aber deutlich, dass Optionen zur Einsparung von Räumlichkeiten in der gesamten Verwaltung geprüft werden würden. Dietmar Knecht erwähnte an dieser Stelle, dass der dbb m-v sehr genau beobachte, wie und an welchen Stellen Einsparungen erfolgen werden: „Es kann beispielsweise nicht sein, dass Einsparungen in den Behörden zu Mehrbelastungen im Homeoffice führen.“

Abschließend machte sich die DJG als Gewerkschaft für eine Novelle des Personalvertretungsrechtes M-V stark. Insbesondere die Berücksichtigung der Möglichkeiten zur Nutzung von Medien (Videokonferenzen) im Rahmen der Gremienarbeit und Änderungen bei der Wahlordnung (Verhältniswahl) wurden thematisiert.

„Im Ergebnis unseres Gespräches mit Ministerin Bernhardt freuen wir uns über die freundliche und zugewandte Atmosphäre und den authentischen Austausch auf Augenhöhe in tatsächlich herausfordernden Zeiten. Diesem ersten Treffen sollen weitere Gespräche in jährlichen Abständen folgen“, resümierte Bernd Kammermeier. ■

14. Norddeutscher Lehrertag

„Mit Achtsamkeit durch den Schulalltag“

Über 250 Lehrerinnen und Lehrer aus neun Bundesländer strömten am 10. September in die Rostocker Stadthalle. Das Thema „Mit Achtsamkeit durch den Schulalltag“ war ein wichtiger Grund, warum sich Lehrende für diese attraktive Fortbildung entschieden.

Aber auch die Vielzahl von Ausstellern, Schulbuchverlagen, digitale Unterrichtshilfen, Softwareentwicklern et cetera, die ihre Angebote präsentierten und in den Pausen für Gespräche zur Verfügung standen, waren Motiv für den Besuch beim NDLT 2022. Vor allem aber waren die Impulse, Workshops und Referate zu schul- und unterrichtsspezifischen Themen der Anlass, dass seit 14 Jahren der Norddeutsche Lehrertag so gut besucht wird. „Digitale Unterrichtsplanung mit Tablet, Notebook und Whiteboard“, „Resilienz und Resilienzförderung in der Schule“, „Mindfulness und Self-Compassion als Ressource im Schulalltag“ und vieles mehr wurde den Teilnehmern in 45-Minuten-Einheiten angeboten.

Eine vierte Säule der eintägigen Veranstaltung, die übrigens auch IQMV-zertifiziert ist, ist die direkte Begegnung mit

dem Arbeitgeber in Form von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern aus dem Bildungsministerium. So treffen beispielsweise im Rahmen des Speedtalks kritische Anfragen aus der Lehrerschaft direkt auf die Entscheidungsebene. Auf dem Podium sitzen, wer gefragt werden kann: das Ministerium, die Gewerkschaft VBE und Bildungsmedien e. V.

Hauptvortrag, Ausstellung, Workshops und Speedtalk machen den Norddeutschen Lehrertag zu einem echten Gewinn für die Besucher und kennzeichnen ihn seit Jahren als hochwertige Marke in der Fortbildungsszene. Eine kleine Auswahl an O-Tönen zu den Erwartungen haben die Veranstalter beim Ankommen der Gäste eingefangen:

Pit Grösch, Gerhard-Hauptmann-Gymnasium Wismar: „Mich interessiert das Thema

und wie es sich wirklich in der Schule umsetzen lässt. Ich mag Fortbildungen, wenn sie groß sind und auch allgemeinere Themen behandeln.“

Hartmut Meincke, Regionale Schule Rastow: „Ich bin gespannt auf neue Perspektiven in meinem Beruf und Anregungen für meinen Schulalltag.“

Franziska Marks, Referendarin: „Ich komme wegen der Ausstellenden, weil ich besonders in der 5. Klasse eingesetzt bin und mich für entsprechende Lehrwerke interessiere. Ich werde unter anderem bei Cornelsen schauen und mir Ideen für die Unterrichtsvorbereitung mitnehmen.“

Jöran Arndt, GESO Schwerin: „Auf das Grußwort der Ministerin bin ich gespannt! Ich mag es, neue und bekannte Leute zu treffen und neue Impulse



© Model Foto Colourbox.de

für meinen Unterricht zu bekommen.“

Rita Sperling, Maria Kühn und Martina Heinrich aus der Grundschule Velgast: „Wir kommen wegen der Anregungen aus den Diskussionen in den Workshops, wegen der fachlichen Tipps und der Hilfen für den digitalen Unterricht.“

Ulrike Güttler, Innerstädtisches Gymnasium, Rostock: „Ich erwarte mir vom Thema Antworten, wie ich mich starkmachen kann für die Belastungen im Schulalltag und in meiner Funktion als Teil der Schulleitung. Auch interessieren mich Ideen, wie wir im Kollegium Achtsamkeit und Gesundheitsförderung lernen können.“ ■

> dbb m-v und DPoIG

Gespräch beim Inspekteur der Landespolizei

Am 29. August besuchten der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht und der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG M-V), Ronald Müller, den neuen Inspekteur der Landespolizei, Nils Hoffmann-Ritterbusch.

Hoffmann-Ritterbusch ist durch die Pensionierung seines Vorgängers Wilfried Kapischke seit Mai dieses Jahres im Amt. Er ist seit 1978 im Polizeidienst und seit 1991 in Mecklenburg-Vorpommern. Er hat unter anderem bei der Bereitschaftspolizei gearbeitet, die Polizeiinspektion Schwerin geführt, war fast ein Jahrzehnt Referent in der Polizeiabteilung und leitete zuletzt das Polizeipräsidium in Neubrandenburg.

Der Besuch diente in erster Linie dem gegenseitigen Kennenlernen und dem Austausch grundsätzlicher Positionen, unter anderem die Personalentwicklung, die Führungskultur, Führungsprobleme, Maßnahmen der Nachwuchsgewinnung und weitere zu erwartende Entwicklungen in der Landespolizei von Mecklenburg-Vorpommern. Natürlich kam auch das Thema Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage nicht zu kurz. Schnell war man sich einig, dass die Ankündigung von Bundesinnenministerin Faeser, die Ruhegehaltsfähigkeit kurzfristig bei der Bundespolizei einzuführen zu wollen, auch in Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung ist.

„Der Ball liegt somit beim Land, hier nachzuziehen“, so Knecht, „das würde Abwanderung zum Bund vorbeugen, steigert die Attraktivität des Polizeidienstes für das Bestandpersonal und wäre eine gute Maßnahme, das Interesse von jungen Menschen zu wecken.“ Ronald Müller sensibilisierte darüber hinaus für die Arbeit der DPoIG-Stiftung in Bezug auf traumatisierte Kolleginnen und Kollegen.

„DPoIG und dbb m-v danken an dieser Stelle dem alten Amtsinhaber Wilfried Kapischke für die zurückliegende vertrauensvolle Zusammenarbeit und sind uns sicher, diese auch mit dem neuen Inspekteur fortführen zu können“, so Müller. ■

8. Ordentlicher Gewerkschaftstag des SBB

Gemeinsam mehr erreichen

Die Landesleitung hat auf ihrer Sitzung vom 30. August 2022 (Beschluss LL 32/2022) beschlossen, den 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen e. V. für die Zeit vom 27. bis 28. April 2023 gemäß § 10 der SBB-Satzung nach Dresden in das Penck Hotel (Ostra-Allee 33, 01067 Dresden) einzuberufen.



8. Gewerkschaftstag des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen

© SBB

Neben den gewählten Delegierten sind auf dem Gewerkschaftstag die Mitglieder der Landesleitung und die Vorsitzenden der jeweiligen Querschnittsvertretungen und Kommissionen stimmberechtigt. (§ 12 SBB-Satzung).

▪ Vorläufige Tagesordnung

TOP 1
Eröffnung und Begrüßung

TOP 2
Konstituierung des Gewerkschaftstages

TOP 3
Entgegennahme der Berichte und Aussprache

TOP 4
Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 5
Entlastung der Landesleitung

TOP 6
Beschlussfassung über die Satzungsanträge

TOP 7
Wahlen

TOP 8
Diskussion und Beschlussfassung über Anträge und Entschließungen

TOP 9
Antrittsrede des/der Landesvorsitzenden

Die öffentliche Veranstaltung findet am 27. April 2023 im Penck Hotel statt. Alle aktuellen und weiteren Informationen finden Sie ab sofort auf unserer Website www.sbb.de.

Die Landesleitung des SBB gibt hiermit die Einberufung des 8. Gewerkschaftstages gegenüber den Mitgliedern/Mitgliedsverbänden bekannt (§ 10 SBB-Satzung).

Für den Gewerkschaftstag ist folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen:

FK Bildung zum Start ins neue Schuljahr

Lehrkräftemangel dominiert den Beginn 2022/23

Die zurückliegenden Schuljahre haben die Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie unsere Auszubildenden enorm gefordert. Trotzdem haben die erreichten Prüfungsergebnisse keine großen Abweichungen von den Jahrgängen zuvor aufgezeigt.

Ein Resultat, dem man Hochachtung und Anerkennung aller Beteiligten zollen muss. Aber wird das auch in Zukunft gelingen? Die Personaldecke wird immer dünner. Jährlich

scheiden circa 1 500 Lehrkräfte mit dem Eintritt in das Rentenalter aus. Dagegen wachsen die Schülerzahlen und werden durch die Ankunft ukrainischer Flüchtlinge noch verstärkt.

Das Kultusministerium vermeldete Mitte August, dass mehr als 1 000 Kolleginnen und Kollegen eingestellt werden konnten. Darunter sind auch Seiteneinsteiger, die ihre

Einstiegsqualifikation von drei Monaten absolviert haben. Das Defizit zwischen ausscheidenden und eingestellten Lehrkräften ist aber spürbar. Es bleiben Lücken: in Größenordnungen, in den ländlichen Regionen, in Spezialgebieten. Eine vollständige Ausreichung des Grundbereichs in allen Schularten wird zur Wunschvorstellung, über einen Ergänzungsbereich gar nicht mehr



© SBB

> Bildungsnotstand-Aktion vor dem Landtag: Steffen Winkler, stellvertretender Landesvorsitzender des SBB und Chef der Tarifkommission im SBB, spricht zu den Massen.

geredet, nur traurig geschmunzelt. Die Kreativität der Gestaltung von Unterrichtsprozessen hat längst ihre Grenzen erreicht. Mittlerweile werden gar einige BSZ aufgefördert, Lehrkräfte an benachbarte Grundschulen abzuordnen. Und weiter: Zwei Klassen, eine Lehrkraft – so sieht Vertretungsunterricht heute aus. Die Zusammenlegung von Grundstufen zu vollen Klassen, gerätegestützter Unterricht ohne Klassenteilung und Blockunterricht mit Spitzen in der Anzahl der Wochenstundenzahl über der 30 sind keine Ausnahme mehr, sondern Normalität. Entsprechend hoch liegen die Belastungssituationen der Lehrerinnen und Lehrer. Und ohne neue Lehrkräfte kann und will das SMK die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur Entlastung nicht umsetzen.

Unter dem Stichwort „Raus aus dem Bildungsnotstand“ starteten die sächsischen Gewerkschaften und Verbände einen Aufruf zum öffentlichen Protest vor dem Landtag (siehe Fotos). Hintergrund ist die Diskussion um den Doppelhaushalt 2023/24, der mit den geplanten 730 Lehrerstellen deutlich unter dem Anforderungsniveau bleibt und damit die Situation an den Schulen

verkennt. Es ist dringender Gesprächsbedarf unter allen an Bildung beteiligten Akteuren erforderlich.

Sicherlich, es wird notwendig sein, neue Ideen zu denken und umzusetzen. Das direkte Ansprechen von Fachhochschulabsolventen für unsere Schulart und deren realistische Aussicht auf Qualifikation, die Anerkennung von Lehrkräften, deren Studienfach in der LAPO nicht enthalten ist, das Verstärken und Hochfahren von Assistenzsystemen, die Lehramtsausbildung an der Universität auf die schulischen Schwerpunkte auszurichten – es braucht Redebedarf und schnelle, wirksame Entscheidungen. Erste Gedanken und Ansätze sind in der Diskussion.



© SLV

Die Lehrerqualifikationsverordnung an die Realität anzupassen, aber gleichzeitig darauf zu achten, die grundständige Ausbildung von Lehrkräften nicht abzuwerten. All diese Vorstellungen bleiben aber hilflos, wenn der Lehrerberuf für Interessenten zu viele unattraktive Begleiterscheinungen mit sich bringt: Angefangen bereits beim Studium, wo Fachkenntnisse eine stärkere Gewichtung erfahren als das Können beim Umgang mit Kindern ... wo später im schulischen Alltag Bürokratie Normalität ist ..., wo Bezahlung von E 10 bis E 13/A 14 bei gleichem Tätigkeitsfeld legitim erscheint ..., wo Lehrkräfte als Sündenböcke für verfehlte Erziehung verantwortlich gemacht werden ... und wo künftigen Lehrkräften ihre Le-

bensgestaltung eingeschränkt erscheint. Junge Menschen ticken vermutlich nun mal anders als wir Älteren, setzen andere Prioritäten und wissen genau um ihren „Marktwert“.

Gleichwohl bleibt es die gewerkschaftliche Aufgabe, darüber zu wachen; Ideen der Politik und des Arbeitgebers, die Lehrkräfte aufgrund der verfehlten Personalplanung der vergangenen Jahre weiter in die Enge treiben, sind grundsätzlich abzulehnen. Dazu zählt zum Beispiel eine vorübergehende Erhöhung des Lehrerarbeitsvermögens. Die derzeit geltenden 26 Wochenstunden Unterricht bedeuten für viele Lehrkräfte in der Realität mit Vorbereitung und Nachbereitung, Eltern- und Firmengesprächen und pädagogischer Arbeit häufig eine 50- bis 60-Stunden-Woche. Weitere Invarianten sind die Teilzeitregelungen und die Altersermäßigungen. Auf lange Sicht muss mehr und kontinuierlich für die Gewinnung von Lehrkräften unternommen werden. Der Philosophie der Diskontinuität bei Einstellungen von Lehrkräften zu folgen, ist hoffentlich als Fehler anerkannt.

Kurzfristig sind die in den Maßnahmenpaketen und Handlungsprogrammen umschriebenen Punkte auszubauen, Bindungszulagen nicht wegzu diskutieren, sondern zu genehmigen, Mehrarbeitsstunden weiter monatlich abzurechnen, Ausbildungskooperationen mit Betrieben und Kammern aufzubauen, die Verbeamtung nicht infrage zu stellen, ein wertschätzendes und auf die persönliche Lebenssituation gerichtetes Augenmerk zu werfen und die Kultusbehörde als „meinen“ attraktiven Arbeitgeber aufzustellen.

Deutschland verfügt über keinerlei Bodenschätze. Unser Kapital war und ist die Bildung der Menschen. Sie bleibt unsere einzige und nachhaltigste Ressource. ■

> Wir sagen Danke!

Am 20. September 2022 hatten wir Besuch von unserem SBB Ehrenmitglied Petra Uhlig sowie ehemaligen Kollegen unseres SBB-Landesvorstandes, die wir mit einem dicken Dankeschön aus unseren Gremien verabschiedet haben. Die drei ehemaligen sächsischen Landesvorsitzenden des BDF, Dr. Heino Wolf, des BTB, Steffen Hornig, sowie

der DSTG, Reinhold Mähne, haben unsere gewerkschaftliche Arbeit lange und engagiert begleitet. Es war toll, mit ihnen über aktuelle Themen zu sprechen und ihre wertvolle Meinung zu hören. Ein wunderbarer Austausch! Danke für euer Engagement! Und weiterhin eine tolle Zeit im gewerkschaftlichen (Un-)Ruhestand!



© Hala/SBB

Nutzung privater Kraftfahrzeuge für dienstliche Zwecke

Wegstreckenentschädigung – eine unendliche Geschichte?

Viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst nutzen ihre privaten Kraftfahrzeuge (Kfz) für dienstliche Zwecke im Namen des Freistaates Sachsen. Pro gefahrenem Kilometer erhalten sie zwischen 17 und 35 Cent.

Grundlage für die Erstattung ist das sächsische Reisekostengesetz. Die Erstattungssätze stammen aus dem Jahr 2013. Im Jahr 2015 lagen nach Angaben des ADAC die Kosten für einen Kilometer bei einem Golf bei 48,2 Cent und im Jahr 2022 bei 58,6 Cent. Dabei ging der ADAC in 2022 von einem Spritpreis von 1,80 Euro pro Liter Diesel aus.

Bereits im Jahr 2019 erhielt das Sächsische Staatsministerium der Finanzen (SMF) den Auftrag des sächsischen Kabinetts, das Reisekostengesetz aufgrund der Ergebnisse der Wertschätzungsinitiative zu ändern. Im Herbst 2022 liegt jetzt der Entwurf zur Verbändeanhörung vor. Einiges Gutes ist aufgenommen worden. Allerdings geht der Entwurf bei der Wegstreckenentschädigung nicht über die Vorgabe des Kabinetts aus dem Jahr 2019 hinaus. Nur die Mindestentschädigung ist von 17 auf 20 Cent angehoben



worden. Die Preisentwicklung von 2013 bis 2021 und die Explosion der Energiepreise aufgrund des Krieges Russlands gegen die Ukraine in 2022 sind überhaupt nicht berücksichtigt worden. Ist Wertschätzung also nur eine Initiative von gestern?

Wir wollen keine Geschenke, sondern einen fairen Ausgleich für den Einsatz von privaten Kfz für dienstliche Zwecke. Um unserer Forderung Nachdruck zu verleihen, hat die DSTG Sachsen für die SBB-Familie eine Postkartenaktion an den Finanzminister initiiert. Wir brauchen endlich eine Lösung. Auch dies hat mit Wertschätzung zu tun.

*Christian Holzhey,
stellvertretender Landes-
vorsitzender DSTG Sachsen*

> Postkartenaktion

Presseseminar für Fachgewerkschaften

Wer? Warum? Was? Wo? Wann?

Im September fand wieder ein Presseseminar für alle Mitglieder unserer Fachgewerkschaften statt.

In Präsenz wurde über folgende Schwerpunkte informiert: Presserecht, Wie arbeiten Medien?, Pressemitteilung: wann und wie? Anhand praktischer Übungen konnten die Teilnehmenden Erfahrungen sammeln und sich austauschen.

Auf die Frage „Was tun bei Interviewanfragen, wenn das Thema heikel ist?“ gab es verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Die wertvollen Tipps der Referentin Franka Pillibeit helfen unseren Kolleg:innen, die im Ehrenamt oftmals mit nur

begrenzten Kapazitäten das Beste für ihren Verband herausholen wollen.

Aufgrund der Vielseitigkeit des Themas konnten die Teilnehmenden auch Fragen aus dem Bereich Social Media stellen. Und so gab es Informationen dazu, wie man Texte für das Internet schreibt und welche Regeln einzuhalten sind. Zu gu-

ter Letzt konzentrierten sich die Kolleg:innen auf PR-Maßnahmen für die verschiedenen Zielgruppen und setzten sich mit der Medienplanung auseinander.

Weitere Seminare sind auf unserer Website abrufbar unter www.sbb.de/fuer-dich/seminare-und-infoveranstaltungen/.

Vereinigung der Beschäftigten des Sächsischen Rechnungshofes (VBSR)

Antrittsbesuch beim Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes

Am 14. September 2022 traf sich der VBSR-Vorstand, vertreten durch die Vorsitzende Monika Zekert und die KassiererIn Simone Rang, mit dem neuen Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes (SRH), Jens Michel, zu einem Gespräch.

Die Vorsitzende stellte eingangs die Fachgewerkschaft vor und erläuterte wesentliche Themen der gewerkschaftlichen Arbeit. Sie informierte den Präsidenten über die im Fokus stehenden Erwartungen der Mitglieder, etwa zur Personalentwicklung, besonders der Förderung des eigenen Personalkörpers, unter anderem auch mit der Bitte um Veröffentlichung eines Beurteilungspunkt Durchschnitts. Ergänzend wurden zur Weiterentwicklung der Heimarbeit beziehungsweise der Möglichkeiten des mobilen Arbeitens thematisiert, das hinsichtlich des im kommenden Jahr anstehenden Umzugs des SRH nach Döbeln einen hohen Stellenwert für die Mitglieder einnimmt.

Weiterhin gab es einen regen Gedankenaustausch über die Ausgestaltung interner Bedingungen als Voraussetzung für

hohe Leistungsmotivation, in denen auch die Visionen des Präsidenten hin zu einem mo-

deren Arbeiten im SRH eine Rolle spielten. Die Auswertung des Gespräches wird auch Ge-

genstand der nächsten VBSR-Mitgliederversammlung im Herbst sein.



dbb sachsen-anhalt

Hauptvorstand tagt wieder in Präsenz

Am 3. August 2022 fand nach zweijähriger Pause wegen der Coronapandemie wieder eine Präsenzsitzung des dbb Hauptvorstandes in Magdeburg statt.

Thematisiert wurden unter anderem die durch die Coronapandemie enorm angestiegenen Belastungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Sachsen-Anhalt, die Folgen des Krieges in der Ukraine für die Gesellschaft sowie die Vorbereitung des 8. Gewerkschaftstages des dbb sachsen-anhalt am 18. und 19. Oktober 2022.

„Die Auswirkungen des Krieges bekommen die Menschen in Deutschland zu spüren, so auch unsere Mitglieder, die Unterstützung und Hilfe in den Gewerkschaften suchen und auch die entsprechenden Forderungen uns gegenüber aufmachen“, sagte Wolfgang Ladebeck, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt. Die

Qualität der öffentlichen Verwaltung sei ein Schlüsselfaktor für das Funktionieren des Gemeinwesens, für das Funktionieren des Staates. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt sei jetzt gefordert, ein deutliches Zeichen für den öffentlichen Dienst zu setzen. Sei es bei der Personal- und Sachausstattung als auch bei den Gehaltszahlungen und der Besoldung der Beschäftigten in der Landes- und Kommunalverwaltung.

▣ Vorbereitungen laufen auf Hochtouren

Am 18. und 19. Oktober 2022 findet der 8. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt in Wernigerode statt. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren.



> Mitglieder des dbb Hauptvorstandes bereiten den 8. Gewerkschaftstag des dbb sachsen-anhalt vor.

Die Mitglieder des dbb Hauptvorstandes haben das Motto des 8. Gewerkschaftstages „Aufbruch im Wandel von Gesellschaft und Familie“ zustimmend zur Kenntnis genommen. Ferner wurde über Personalien für die Besetzung von Kommissionen in Vorbereitung des Gewerkschaftstages

sowie über die Geschäfts- und Wahlordnung des 8. Gewerkschaftstages abgestimmt. Einstimmig haben die Mitglieder des Hauptvorstandes beschlossen, einen Antrag des Hauptvorstandes über die Neufassung der Satzung des dbb sachsen-anhalt an den 8. Gewerkschaftstag einzubringen. ■

Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt

Landesverbandstag: Herfurth im Amt bestätigt

„Für eine starke Finanzverwaltung im Wandel der Zeit“ war das Motto des 7. Landesverbandstages der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Sachsen-Anhalt am 31. August 2022 in Wernigerode.

Rund 35 Delegierte wählten einen neuen Landesvorstand und bestimmten die Leitlinien für die gewerkschaftspolitische Arbeit der nächsten fünf Jahre. Iris Herfurth wurde in ihrem Amt als Landesvorsitzende der DSTG bestätigt.

Einmal ganz anders blickte der „alte“ Landesvorstand mit einem Video auf die Arbeit der

letzten fünf Jahre zurück. Unterstrichen wurde die Präsentation mit dem Bericht der Landesvorsitzenden Iris Herfurth. In ihrem Bericht schaute sie auf eine krisenbehaftete Zeit zurück, hob aber dennoch erreichte Erfolge wie zum Beispiel bei der amtsangemessenen Alimentation und der Bewältigung der Coronapandemie hervor. So habe die DSTG maßgeblich

mit dazu beigetragen, dass die Beamtinnen und Beamten keinen Antrag auf eine amtsangemessene Alimentation stellen müssen. Ferner erfolgten mit dem 3. Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 1. Dezember 2021 ab Januar 2022 Nachzahlungen an alle Beamtinnen, Beamten, Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, sofern seit dem 1. Januar 2015 zumindest für ein Kind ein Anspruch auf den Familienzuschlag der Stufe 2 bestanden habe.

▣ Leitantrag verabschiedet

Mit einem Leitantrag des Landesvorstandes wurden die

Aufgaben für die nächsten fünf Jahre bestimmt. Ziele seien unter anderem, das Ansehen der Steuerverwaltung in der Gesellschaft zu stärken, die Personalausstattung in der Finanzverwaltung zu erhöhen, eine bessere Eingruppierung des Tarifpersonals zu erreichen, die Reisezeit als Arbeitszeit anzuerkennen, das Beförderungsbudget zu erhöhen und flexibles Arbeiten zu ermöglichen.

Neben Iris Herfurth als Landesvorsitzende der DSTG wurden Dorin Waßmann, Sven Christian, Andreas Köditz und Christian Keil zu stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Das langjährige Mitglied des Landesvorstandes, Rainer Urban, trat aus Altersgründen nicht wieder zur Wahl an. Er sowie der ehemalige Bundesvorsitzende der DSTG, Thomas Eigenthaler, wurden wegen ihrer Verdienste und Verbundenheit zum Landesverband der DSTG Sachsen-Anhalt zu Ehrenmitgliedern des DSTG-Landesverbandes ernannt.

■ Öffentliche Veranstaltung

Höhepunkt des Landesverbandstages war die öffentliche Veranstaltung am Nachmittag. Hier konnte die wiedergewählte Landesvorsitzende zahlreiche Gäste aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften begrüßen. In ihrer Rede skizzierte Herfurth die Folgen der krisenbehafteten Zeit. Völlig neue Aufgaben und Problemstellungen seien in den letzten zwei Jahren der Pandemie zu bewältigen gewesen. „Die Coronakrise und nun auch die Auswirkungen des Ukraine-Krieges werden langfristig tiefgreifende Veränderungen in sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen verursachen und hinterlassen. Steigende Staatsausgaben und eine massiv steigende Inflation belasten den Staatshaushalt. Umso wichtiger ist es, eine Finanz-



> Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 7. Landesverbandstages der DSTG

verwaltung dauerhaft sowohl technisch als auch personell in modernen leistungsfähigen Strukturen gehalts- und besoldungstechnisch gut aufzustellen“, betonte Herfurth. Sie appellierte an die Landesregierung, die Beschäftigten der Finanzverwaltung in die Lage zu versetzen, einen gleichmäßigen Steuervollzug gewährleisten und Steuerhinterziehung bekämpfen zu können.

■ DSTG ein verlässlicher Partner

Der DSTG-Bundesvorsitzende Florian Köbler überbrachte die Glückwünsche der DSTG-Bundesleitung, des DSTG-Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle. „Ich möchte mich bei euch und vor allem bei Iris Herfurth bedanken – für die tolle Arbeit im Land, aber auch dafür, dass ihr auf Bundesebene ein so verlässlicher Partner seid“, sagte Köbler. In seinem Grußwort wandte sich Köbler auch an Michael Richter, der als Finanzminister von Sachsen-Anhalt (CDU) Ehrengast des Landesverbandstages war: „Die Finanzverwaltung muss gestärkt werden, denn nur sie gewährleistet, dass der Staat überhaupt erst handlungsfähig ist und faire Wettbewerbsbedingungen möglich sind. Der Staat muss das bekommen, was ihm zusteht, und es muss verhindert werden, dass sich

die Konkurrenz am Markt steuerlich aus dem Staub macht und bessere Preise anbieten kann. Der ehrliche Steuerzahler darf in Deutschland nicht der Dumme sein. Dafür braucht es eine starke Finanzverwaltung mit ausreichend Personal, einer modernen und funktionierenden IT-Ausstattung und mit guten, digitalfesten Gesetzen.“

■ Steuerverwaltung gut aufgestellt

Sachsen-Anhalts Finanzminister stellte in seinem Grußwort

wenn unterschiedliche Auffassungen über Ziele bestünden, sei er überzeugt, dass das bisherige sozialpartnerschaftliche Handeln und das gemeinsame Interesse an sachgerechter Aufgabenerfüllung und zufriedenen Beschäftigten eine gut funktionierende Steuerverwaltung vorantreiben. Richter würdigte die Leistungen der Beschäftigten in den Finanzämtern, die als Eingriffsverwaltung einen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen hätten. Aus seiner Sicht sehe er die Steuerverwaltung in Sachsen-Anhalt personell und technisch gegen-



> Der neue Vorstand: Viola Heßler, Darja Großmann, Heidi Ehlert, Karen Eschner, Sven Christian, Andreas Köditz, Iris Herfurth, Christian Keil und Dorin Waßmann (von links)

heraus, dass der DSTG als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung in einer sich wandelnden Arbeitswelt ein fester Stellenwert zukomme. Auch

über anderen Ressorts gut aufgestellt. Im bundesweiten Besoldungsvergleich belege Sachsen-Anhalt einen mittleren Platz.

■ **Vermissten Erhöhung der Jahressonderzahlung**

Ulrich Stock, 1. stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, überbrachte die Glückwünsche des dbb Landesvorsitzenden. Er hob vor allem das hohe Engagement von Iris Herfurth, die auch stellvertretene dbb Landesvorsitzende ist, im Hinblick auf die amtsangemessene Alimentation hervor. „Die DSTG ist ein verlässlicher Partner. Das ist gerade in diesen Zeiten, in denen wir nahezu von Krise zu Krise hechten, umso wichtiger“, betonte Stock. In Richtung von Finanzminister Richter sagte Stock: „Wir vermissen immer noch die Erhöhung der Jahressonderzahlung, zumindest deren Dynamisierung. Die jahrelange Nichtanpassung seit der Wie-



> Finanzminister Michael Richter, DSTG-Landesvorsitzende Iris Herfurth, Andreas Schmidt, Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt (SPD) und Jörg Bernstein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag von Sachsen-Anhalt stellen sich den Fragen der Delegierten (von links).

der Einführung der doch recht kleinen Sonderzahlung im Vergleich zum TV-L ist für uns nicht akzeptabel.“ Ferner kritisierte Stock das nicht ausreichende Beförderungsbudget.

■ **Dialogcafé**

Im Anschluss an die öffentliche Veranstaltung diskutierten die Delegierten im Rahmen eines Dialogcafés mit den Gästen

aus der Politik über die Zukunft der Finanzverwaltung in Sachsen-Anhalt und die Rolle der Einnahmenverwaltung mit ihren Bereichen. So erörterten die Delegierten unter anderem mit den Landtagsabgeordneten Andreas Schmidt (SPD) und Jörg Bernstein (FDP), welche Maßnahmen sinnvoll bei der Nachwuchskräftegewinnung und -haltung seien. Zu vergessen sei dabei aber nicht die Wertschätzung des Bestandspersonals.

Mit Finanzminister Richter kamen die Delegierten zu den Themen Größenklasseneinteilung in der Betriebsprüfung mit absehbaren Folgen, die Probleme der Bewertungsstellen durch die Grundsteuerreform sowie die amtsangemessene Alimentation ins Gespräch. ■

Unterrichtsausfälle

Lehrermangel: so schlimm wie noch nie!

Am 25. August 2022 hat in Sachsen-Anhalt das Schuljahr 2022/2023 begonnen und schon fällt vielerorts der Unterricht aus, Stundenpläne müssen gekürzt und Zusatzangebote gänzlich gestrichen werden.

Die Situation habe sich im Vergleich zum Vorjahr noch einmal deutlich verschärft, beklagen die Lehrerverbände im dbb sachsen-anhalt. Philologenverbandschef Thomas Gaube, der auch stellvertretender dbb Landesvorsitzender ist, spricht von einer katastrophalen Situation in Sachsen-Anhalt. Die seit Jahren in allen anderen Schulformen alltägliche Unterrichtsversorgung mit Lehrkräften treffe nun auch die Gymnasien mit voller Wucht. Selbst in Städten, in denen die Ausbildungszentren der ersten und zweiten Phase für ausreichend Bewerberinnen und Bewerber sorgten, kann Unterricht mit einer vernünftigen personellen

Ausstattung nicht mehr abgesichert werden.

■ **Verfehlte Personalpolitik**

In immer größerem Maße müssen auch die Gymnasien zur Absicherung des Unterrichts auf Seiteneinsteiger zurückgreifen. Natürlich gebe es unter ihnen hoch motivierte und in ihren bisherigen Tätigkeitsfeldern gut ausgebildete Berufsstarter, die mit viel Engagement und Liebe zum Lehrberuf erfolgreich die Lücken schließen. Die Jahrzehnte durch verfehlte Personalpolitik gerissen wurden. „Der Seiteneinstieg in den Lehrberuf kann jedoch grundsätzlich kein zweiter Zu-

gangsweg in die Lehramtslaufbahn sein“, betont Gaube. Das grundständige, breit aufgestellte, fachwissenschaftliche Studium in mindestens zwei Fächern der Stundentafel sowie eine solide didaktische und methodische Ausbildung sind eine Grundvoraussetzung für die Qualitätssicherung im Unterricht sowie vergleichbarer und anerkannter Abschlüsse der Schülerinnen und Schüler. Seiteneinsteiger ohne jegliche pädagogische Ausbildung, mit Teilqualifikationen, die lediglich „einem Fach der Stundentafel zuordenbar“ sind, können insbesondere an Schulen mit gymnasialer Oberstufe allenfalls ein Notnagel zur Vermeidung von Stundenkürzungen und Totalausfall sein.

und Totalausfall sein.

Aktuell stehen fast zehn Prozent nicht grundständig ausgebildeter Lehrkräfte vor Sachsen-Anhalts Schülerinnen und Schülern und verhindern so den Bildungskollaps in Sachsen-Anhalt. Diesen gelte natürlich Respekt und Hochachtung wie allen anderen Lehrerinnen und Lehrern auch. Qualitätssicherung in den Schulen verlange aber eine verpflichtende, umfassende Qualifizierung dieser Lehrkräfte und eine schnellstmögliche Rückkehr zur Einstellung grundständig ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer. Die derzeitige Einstellungspraxis im Seiteneinstieg sorge für einen weiteren Qualitätsverlust schulischer Ausbildung, einer dritten Statusgruppe in den Lehrerzimmern sowie eine

schleichende Aushöhlung der Lehrerausbildung. „Der Zugang zum Lehrberuf an weiterführenden Schulen ist ohne universitäre, breite fachwissenschaftliche und pädagogische Ausbildung auch in Zeiten größten Arbeitskräftemangels ein Irrweg“, so Gaube.

■ **Lehrermangel, wo man hinschaut**

Auch Torsten Wahl, Vorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt, spricht von einer katastrophalen Situation: „Die Lücke zwischen vorhandenen und benötigten Lehrern klafft im-

mer mehr auseinander.“ Die sogenannte Unterrichtsversorgung lag kurz vor dem Schulstart bei 92 Prozent. Vor allem an Sekundarschulen, Förderschulen und Gemeinschaftsschulen fehlen Lehrkräfte.

„Politische Entscheidungen wie der Ganztagsausbau, Vorgaben zur Inklusion oder Sprachförderung verstärken den Personalbedarf an den Schulen. Hinzu kommen Personalausfälle durch Krankheit“, betont Wahl. Ferner müssen Tausende aus der Ukraine geflüchtete Kinder in den Schulen integriert werden. Doch fehlt auch hierfür das nötige Personal. „Unsere Kinder haben eine Schule mit

ausreichenden und qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen verdient. Alles andere ist ein Betrug an unserem höchsten Gut, nämlich unseren Kindern“, sagt Wahl.

■ **Hohe Belastungen**

Der Sekundarschullehrerverband (SLV) Sachsen-Anhalt ist mit der derzeitigen Situation an den Schulen ebenfalls unzufrieden. „Die Klassengrößen, der Personalmangel, die fehlende Digitalisierung, Zunahme des Verwaltungsaufwandes sowie Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Maßnahmen zur Coronapandemie sind

große Belastungsfaktoren für die Lehrerschaft“, so die Landesvorsitzende des SLV, Anna-Katharina Müller. Hinzu kommen die Flüchtlingswelle mit den ukrainischen Kindern und Jugendlichen. Viele Schulleitungen sowie Lehrerinnen und Lehrer warten auf Antworten aus dem Bildungsministerium. Zum Beispiel sei nicht erkennbar, wie dem Pandemiegeschehen aus schulischer Sicht im Herbst und Winter Rechnung getragen werden soll. Die aktuelle Fünfte Verordnung zur Änderung der Siebzehnten SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung treffe dazu keine konkreten Aussagen. ■

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

9-Euro-Ticket: Fluch und Segen zugleich

Das 9-Euro-Ticket im öffentlichen Nahverkehr war Segen und Fluch zugleich. Das Positive: Es war überall in Deutschland und in jedem Nahverkehrsunternehmen gültig, das Tarifwirrwarr im öffentlichen Nahverkehr entfiel.

„Insgesamt kann man aber sagen, dass die Entlastung, die es bringen sollte, nicht bei allen angekommen ist“, so das Resümee von Ronald Kampe, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Bezirk Mitteldeutschland.

Viele Menschen zogen ihren Vorteil in den Sommermonaten aus diesem günstigen Ticket: mal günstig an die Ostsee, in das Erzgebirge oder zur Arbeit. Subventioniert war dies vom Steuerzahler. Trotz des billigen Angebotes konnten aber nicht alle die Bahn nutzen. „Von Entlastung der Menschen kann also keine Rede sein. Es ist nicht bei denen angekommen, die Entlastungen in diesen preistreibenden Zeiten nötig haben“, sagt Kampe. Auf dem Land und in strukturschwachen Gebieten sei der Anteil der Ticketkäufer

nur halb so groß gewesen wie in den Städten.

■ **Zugpersonal war stark belastet**

Die Deutsche Bahn und alle anderen Wettbewerbsbahnen sahen sich großen Herausforderungen ausgesetzt: Die erschwinglichen Preise hatten teils stark überlastete Busse und Bahnen zur Folge. Dazu kam die Unvernunft vieler Fahrgäste, was die Kolleginnen und Kollegen der Deutschen Bahn zu spüren bekamen. Beschimpfungen und Beleidigungen waren an der Tagesordnung, Züge mussten teileräumt werden. Die Kette der Unzulässigkeiten war endlos.

■ **Logistische Leistung**

Ein enormer Zeit- und Personalaufwand für die Reinigung

der teils verdreckten Züge und verstopften Toiletten kam hinzu. Dadurch war eine Verspätung der Züge vorprogrammiert. Wenige sehen die dahinterstehende logistische Leistung. Denn diese ist enorm – auch was die Trinkwasserversorgung der Busse und Bahnen und die Entsorgung von Abwasser angeht. Denn neben dem grundsätzlichen Aufwand an technischen Installationen für die Ver- und Entsorgung, sind aus hygienischen Gründen allerlei nationale und internationale Regelungen zu beachten. Ferner häuften sich die Reparaturen, einige konnten gar nicht ausgeführt werden, sodass es auch zu Zugausfällen kam.

■ **Schwächen des Bahnnetzes aufgedeckt**

Im Großen und Ganzen sei das 9-Euro-Ticket kein Zugewinn

und werde auch nicht nachhaltig sein, ist sich Kampe sicher. „Die, die das 9-Euro-Ticket als Erfolg feiern, feiern sich nur selbst und sind mit Sicherheit nicht in überfüllten Zügen gereist“, äußert Kampe. Einmal mehr habe aber das 9-Euro-Ticket dazu beigetragen, die Schwächen des Bahnnetzes aufzuzeigen.

30 Jahre lang wurde an der Bahn Raubbau betrieben. Das begann mit der Bahnreform, die den Börsengang und die Privatisierung zum Ziel hatte. Sinnloserweise wurde das Netz im Auftrag der Politik (Börsenwahn) zurückgebaut, wichtige Funktionen ausgelagert und beim Personal geknappt. „Ein paar neue Bahnstrecken können da auch nicht helfen“, betont Kampe. Es werden noch Jahre beziehungsweise Jahrzehnte für die Sanierung des Bahnnetzes ins Land gehen, was die Deutsche Bahn nicht gerade attraktiver mache. Dem zunehmenden Verkehr auf der Schiene könne sie derzeit nicht gerecht werden. ■

3. Thüringer Abend

Gläserne Wände abbauen

Am 22. September 2022 fand der 3. Thüringer Abend des beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) im Erfurter Espach Café statt. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaften waren der Einladung gefolgt.

„Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Entwicklung des öffentlichen Dienstes und der Verwaltung im Freistaat Thüringen nach rechtsstaatlichen, freiheitlich-demokratischen und sozialen Prinzipien. Gerade in diesen schwierigen Zeiten ist eine konstruktive und auf das Gemeinwohl ausgerichtete Tätigkeit im Sinne aller“, sagte der Vorsitzende des Thüringer Beamtenbundes, Frank Schönborn, in seiner Eröffnung.



> tbb Landesvorsitzender Frank Schönborn (rechts) mit der tbb Landesleitung sowie dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach (links) und dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow (Mitte).

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach ergänzte: „Aufgabe unseres Rechtsstaates ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein friedliches Zusammenleben und die Durchsetzung ihrer Rechte zu ermöglichen. Wenn aber aus schlichtem Personalmangel beispielsweise immer wieder Verfahren eingestellt werden müssen, weil Anklagen nicht im Rahmen der gesetzlichen Fristen erhoben werden können, dann muss uns das wachrütteln.“

Der Thüringer Abend ist aus einem Treffen anlässlich der Jahrestagung des Bundesdachverbandes dbb in Köln hervorgegangen und bildet traditionell den gewerkschaftspolitischen Jahresaufakt, der 2022 pandemiebedingt in die zweite Jahreshälfte verlegt wurde.

Der Ministerpräsident von Thüringen, Bodo Ramelow, verwies auf die wichtige Rolle des öffentlichen Dienstes: „Wer einen motivierten öffentlichen Dienst haben will, muss die darin befindlichen gläsernen Wände abbauen. Dass das funktioniert, erleben wir in Krisenzeiten immer wieder“, wandte sich Ramelow an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und dankte den Mitarbei-

tenden für die herausragenden Aufgaben, die sie immer wieder übernehmen: „Sie standen

in den letzten Monaten vorn und werden es auch in den nächsten Monaten.“

> Jahresgespräch mit Ministerpräsident Bodo Ramelow

Vertreter der tbb Landesleitung trafen sich am 14. September 2022 zum Jahresgespräch mit dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Unter Teilnahme des Chefs der Staatskanzlei, Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, wurden zahlreiche Themen besprochen und erste Arbeitsergebnisse erzielt. Ausbildung, Nachwuchskräftegewinnung, digitaler Zugang der Gewerkschaften und die Verlängerung der Urlaubsabgeltung waren ebenso Themen wie die Energiesparmaßnahmen und deren Auswirkungen auf die Landesbeschäftigten. Im Bild: tbb Landesvorsitzender Frank Schönborn (Zweiter von rechts) und seine Stellvertreter Uwe Allgäuer, Nicole Siebert und Andreas Schiene mit dem Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.





tbb Landeshauptvorstand

Inflationsausgleich statt Einmalzahlung

Auf der Sitzung des tbb Landeshauptvorstandes am 23. September 2022 in Erfurt hat der Landesvorsitzende des tbb, Frank Schönborn, vor nachteiligen Diskussionen um mögliche steuerfreie Einmalzahlungen gewarnt.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte im Rahmen der konzertierten Aktion den Tarifpartnern das Angebot unterbreitet, zusätzliche Zahlungen bis zu 3 000 Euro von Steuern und Abgaben zu befreien, um die Energiekrise abzufedern. Diese steuerfreien Einmalzahlungen dürften keine Tarifierhöhungen ersetzen und bei den kommenden Tarifrunden des öffentlichen Dienstes anstelle von Lohnerhöhungen ins Gespräch gebracht werden, so Schönborn.

„Solche Maßnahmen sind nur ein Strohfeuer und schaffen kurzfristig möglicherweise eine kleine Entlastung. Am

Ende zahlen die Beschäftigten aber massiv drauf“, mahnte Schönborn. Seit Jahren sei die Arbeit systematisch entwertet worden, hielten die Lohnentwicklung nicht mit der Steigerung der Kosten mit. Nun, bei einer Inflation von acht Prozent seien die Menschen nicht mehr in der Lage, solche Steigerungen auszugleichen.

„Denn solche Einmalzahlungen werden nicht tabellenwirksam, folglich werden sie auch nicht dynamisiert, weil sie, anders als Lohnerhöhungen, keinen Zinseszinsseffekt erzielen, der dauerhaft den Beschäftigten mehr Geld bringt. Am Ende schlägt das sogar bis auf die Rentenansprüche durch“, so Schönborn.

Der Landeshauptvorstand sprach sich für einen Inflationsausgleich und eine Reduzierung der Arbeitszeit bei gleichem Gehalt aus. Aus den Reihen der dbb Jugend Thüringen wurde die Forderung erhohen,

die Ausbildungsgehälter angesichts der aktuellen Entwicklungen um mindestens 250 Euro anzuheben sowie eine arbeitgeberseitige Zusage einer unbesfristeten Übernahme in Anschluss an die Ausbildung. Ebenso wichtig sei für die Auszubildende eine möglichst kostenfreie Nutzung des ÖPNV.

Auch zu den Konsequenzen der Energiemangellage für den öffentlichen Dienst fanden die Vertreter der Gewerkschaften zahlreiche Diskussionspunkte. Daraus resultierend wurde die gemeinschaftliche Forderung nach konsequenter energetischer Ertüchtigung und Sanierung der Liegenschaften der öffentlichen Hand erhoben. Auch müsse es eine Mitbestimmung der Personalräte bei der Umsetzung der Maßnahmen aufgrund der Energiemangellage geben und keine Alleingänge der einzelnen Behörden. Hier wünsche man sich, dass

Regelungen durch die Dienststellen gemeinsam mit den Personalvertretungen vorbereitet würden, um der Energiemangellage zu begegnen.

Der Landeshauptvorstand ist zwischen den Gewerkschaften das ranghöchste Beschlussorgan des tbb. Er entscheidet unter anderem über gewerkschaftspolitische Richtlinien, aktuelle Grundsatfragen der Organisation und Sacharbeit sowie über die von den Mitgliedsgewerkschaften zu zahlenden Pflicht- und Zusatzbeiträge. Außerdem entscheidet der Landeshauptvorstand über den jährlichen Haushalt des tbb. Das Gremium hat rund 50 Mitglieder aus den Mitgliedsgewerkschaften und den Bundesbeamtengewerkschaften, welche diese entsprechend ihrer Mitgliederstärke in das Gremium entsenden.

Besoldungsanpassungsgesetz 2,8 Prozent mehr für Beamte

Die Thüringer Landes- und Kommunalbeamten sollen ab Dezember 2022 – so wie die Tarifbeschäftigten des Landes – 2,8 Prozent mehr Geld erhalten. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dem Landtag als „Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung im Jahr 2022 und zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften“ zur Entscheidung vorgelegt.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat sich mit den Gewerkschaften am 29. November 2021 auf eine steuerfreie Coronaeinmalzahlung in Höhe von 1 300 Euro und eine lineare Entgelterhöhung zum 1. Dezember 2022 um 2,8 Prozent für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder verständigt. Für die Auszubildenden werden die Entgelte zum 1. Dezember 2022 um einen monatlichen Festbetrag in Höhe von 50 Euro erhöht.

Ausgehend vom Tarifergebnis ist eine zeitgleiche und system-

gerechte Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Thüringer Landes- und Kommunalbeamten und Thüringer Richter an die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse zur Erfüllung des Gesetzesauftrags des § 14 ThürBesG und des § 4 Thür-BeamtenVG sowie zur Sicherstellung der amtsangemessenen Alimentation erforderlich.

In einem ersten Schritt wurde die Rechtsgrundlage für die Coronasonderzahlung mit dem Thüringer Gesetz über eine



einmalige Sonderzahlung aus Anlass der COVID-19-Pandemie vom 4. Februar 2022 (GVBl. S. 91) geschaffen. Diese Sonderzahlung wurde mit den Bezügen für den Monat April 2022 an die Beamten gezahlt. Die lineare Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge um 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022 soll mit diesem Gesetzentwurf erfolgen.

Der tbb hatte im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung die beabsichtigte zeitgleiche und systemgerechte Umsetzung der ausgehandelten Tarifergebnisse im Bereich Tarifvertrag der Länder auf den Bereich der Beamtenbesoldung begrüßt. „Dies entspricht einer unsererseits seit Jahren erhobenen Forderung. Wir wissen, dass dies in der Vergangenheit keine Selbstverständlichkeit war und möchten das an dieser Stelle auch honorieren“, so der Landesvorsitzende Frank Schönborn.

Gleichzeitig erneuerte der tbb seine Kritik an der Ausgestal-

tung der Thüringer Beamtenbesoldung: „Wir verhehlen nicht, dass allein die Übertragung der Tarifergebnisse auf die Besoldung, die berechtigten Interessen der Beamten nicht zu befriedigen vermag. Die Gehalts- und Besoldungserhöhungen liegen deutlich unterhalb der Geldentwertung, sodass reale Gehaltseinbußen eintreten werden. Hier droht eine weitere Abkoppelung der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst von der allgemeinen Einkommensentwicklung im ganzen Land.“ Darüber hinaus hält der tbb an seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetz sowie seine generelle Kritik an der Thüringer Besoldung inklusive der Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts durch das „Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation ...“ fest. Der tbb fordert daher auch weiterhin die Schaffung einer gerichtsfesten Besoldung und konsequente Weiterentwicklung derselben in Thüringen. ■

> vbba Treffen

Am 10. August 2022 fand ein vom Landesvorstand der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales, Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen (SAT), organisiertes Treffen in Erfurt statt.

Die Mitglieder konnten sich bei Kaffee und Kuchen zum Thema altersunabhängige Vorsorge informieren. Ein Erfahrungsaustausch erfolgte unter anderem zur Absicherung im Alter mit interessanten Hinweisen und Tipps. Als Referenten begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer



Frank Meurer (DBV), Thomas Hübel (DBV) und Alexander Konzack (dbb Vorsorgewerk).

Aufgrund der positiven Resonanz werden wir weitere Veranstaltungen planen und die

Termine rechtzeitig bekannt geben. ■

GDL – Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer

Tag der Schiene – Tag der Eisenbahner

Bundesweit zeigten die Eisenbahner Flagge zum Aktionstag „Tag der Schiene“ am 16. September 2022.

Am Erfurter Hauptbahnhof zauberten die GDLer ein Lächeln über die Gesichter ihrer Kollegen, welche mit vollem Einsatz kleine Aufmerksamkeiten an Lokführer, Zugbegleiter und Bahnhofspersonal verschenkten. Die Gewerkschafter zeigten auch starke Präsenz an anderen Bahnhöfen in ganz Deutschland.



DPoIG Thüringen zu Gast beim MDR „FAKT IST!“

Energiesparverordnung scheitert an der Realität

Am 1. September trat die EnSikuV oder auch „Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristige wirksame Maßnahmen“ der Bundesregierung in Kraft. Hiermit sollen Maßnahmen den Bürgerinnen und Bürgern, dem öffentlichen Dienst und auch den Unternehmen zum Energiesparen auferlegt werden, um eine Energieknappheit im kommenden Winter abzumildern. Dies war auch Thema in der MDR-Sendung „FAKT IST!“ am 12. September, zu der auch Vertreter der DPoIG eingeladen waren. Aufgrund der Vielzahl der zu dieser Sendung eingeladenen Gäste war es zeitlich nur möglich, einige wesentliche Aspekte anzusprechen. Ein Grund, in diesem Beitrag das Thema nochmals ausführlicher zu beleuchten.

Gemeinsamer Tenor war jedoch, dass der Nutzen der Maßnahmen und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Wirtschaft und auf die öffentliche Sicherheit nicht unumstritten sind. Hierzu er-

klärt der DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Hoffmann: „Dass Energie eingespart werden muss, damit es zu keinen Ausfällen in der Energieversorgung im Winter kommt, steht zweifelsfrei fest und lässt sich auch nicht wegdiskutieren. Jedoch sollte kritisch hinterfragt werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht eher andere Probleme aufwerfen, die gravierender sein könnten.“

Zunächst sieht die Verordnung in § 5 vor, dass Gemeinschaftsflächen, die nicht dem dauerhaften Aufenthalt von Personen dienen, nicht beheizt werden dürfen. Aus polizeilicher Sicht stellt sich die Frage, ob Gewahrsamszellen, die ja nur sehr temporär und zudem kurzfristig belegt sind, zu diesen Gemeinschaftsflächen zählen. Dass diese nicht erst hochgeheizt werden können, wenn eine Person in Gewahrsam genommen werden muss, dürfte selbstverständlich sein. Doch solche Räume sind in den Ausnahmen des Abs. 2 nicht aufgeführt.

Weiterhin dürfen nach § 6 der Verordnung Arbeitsräume in öffentlichen Gebäuden nur bis maximal 19 Grad Celsius beheizt werden. „Für Kolleginnen und Kollegen des Einsatz- und Streifendienstes schlägt man damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Sie werden schnell in den warmen Streifenwagen ‚flüchten‘ und somit hat man gleich mehr Präsenz im Einsatzraum. Doch nach Einsätzen, die auch oftmals sehr schweißtreibend sein können, bedarf es der Schreiarbeit und diese muss dann in kühlen Räumen stattfinden. Und für die Kolleginnen des Tagesdienstes? Wenn man sich die Altersstruktur der Mitarbeitenden des Tagesdienstes anschaut, so kann man feststellen, dass das Durchschnittsalter deutlich höher ist als im Einsatz- und Streifendienst oder bei den Kräften der Bereitschaftspolizei. Und mit zunehmendem Alter nehmen gesundheitliche Einschränkungen

deutlich zu. Eine Absenkung der Raumtemperatur ist diesen Einschränkungen sicher nicht dienlich“, erklärte Hoffmann und ergänzte: „Aber wenigstens gibt es auch kein warmes Wasser, da dieses nach § 7 der Verordnung ebenfalls abzustellen ist. Damit ist auch das Duschen nach Einsätzen, Fortbildungen oder auch dem Dienstsport auf den Dienststellen nicht mehr möglich.“

Mit der Kritik an den abgesenkten Temperaturen kann sich die DPoIG auch auf Rückhalt in der gesamten Bevölkerung stützen. Gemäß einer Umfrage des MDR, an der sich knapp 29 000 Menschen beteiligten, sprach sich die Mehrheit gegen die Absenkung der Temperaturen in Büroräumen aus.

DPoIG Thüringen



